

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	36
		<b>TOP:</b>	1
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	38/2021
		<b>GZ:</b>	OB/82
<b>Sitzungstermin:</b>	19.02.2021		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Fuhrmann		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Aufrecht (OB/82), Herr Dr. Rogg (Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart - WRS)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Faßnacht / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Beteiligung am Wettbewerb Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg (Stufe 2)</b>		

Vorgang: Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 29.01.2021, öffentlich, Nr. 3  
Ergebnis: einmütige Zustimmung mit Maßgabe

Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 02.02.2021, öffentl., Nr. 28  
Ergebnis: ohne Votum Verweisung an nachfolgende Gremien

Verwaltungsausschuss vom 03.02.2021, öffentlich, Nr. 19  
Ergebnis: mehrheitliche Zustimmung (1 Gegenstimme, 2 Enthaltungen)

Gemeinderat vom 04.02.2021, öffentlich, Nr. 11  
Ergebnis: mehrheitliche Beschlussfassung

Beratungsunterlage ist die Vorlage der Abteilung Wirtschaftsförderung (OB/82) vom 26.01.2021, GRDRs 38/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vorbehaltlich der Zulassung der Antragsteller-Gemeinschaft der Regionen Stuttgart - Karlsruhe - Neckar-Alb zum Wettbewerb in Verfahrensstufe 2 durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg verpflichtet sich die Landeshauptstadt Stuttgart zur Erfüllung aller Zusagen im Rahmen der 2. Stufe des Wettbewerbs und stellt für die im Rahmen dieser Wettbewerbsbeteili-

gung durchzuführenden Maßnahmen zur Entwicklung eines KI-Parks auf Stuttgarter Gemarkung (z. B. Bereitstellung von Flächen, Infrastruktur, Baukosten, Zuschüsse an Dritte) als Ko-Finanzierung (Eigenbetrag mindestens in Höhe des Förderbetrags) bis zu 5 Millionen EUR zur Verfügung (s. GRDRs 17/2021).

2. Die Verwaltung wird ermächtigt sämtliche in der 2. Stufe des Wettbewerbsverfahrens für die Förderung eines Innovationsparks KI Baden-Württemberg erforderlichen verbindlichen Zusagen abzugeben sowie entsprechende Vereinbarungen und Verträge abzuschließen.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Zu diesem Thema begrüßt BM Fuhrmann Frau Aufrecht (OB/82), BM Pätzold (Ref. SWU) und Herrn Dr. Rogg (WRS).

Frau Aufrecht (OB/82) schickt voraus, ihr heutiger Vortrag sei in zwei Teile - einen öffentlichen und einen nicht öffentlichen Teil - gegliedert. Im folgenden öffentlichen Teil werden im Wesentlichen Bausteine des Konzepts und der überregionalen Zusammen- arbeit vorgestellt. Weiter berichtet sie im Sinne der Präsentation. Am Schluss ihres Be- richts merkt sie an, diese Präsentation sei eine stichwortartige Zusammenfassung eines Konzepts mit mehr als 100 Seiten.

StR Winter (90/GRÜNE) geht davon aus, dass die inhaltliche Frage getrennt von der Standortfrage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung diskutiert wird. Was den Anspruch "menschengerechte, verantwortungsvolle, nachhaltige Anwendung von KI" angeht, so habe man bereits bei der ersten Beschlussfassung im Gemeinderat dazu Stellung be- zogen. Man freue sich über diese Bewerbung für diese Initiative KI, denn die Anwen- dungen, die KI biete, seien eminent - gerade auch in den Bereichen, in denen man in Stuttgart vorankommen will. Hinsichtlich der Schwerpunkte, die man in Stuttgart legen möchte, setze er voraus, dass die jeweiligen Schwerpunkte mit den Partnern abge- stimmt wurden. Es seien Bereiche, die seine Fraktion sehr stark vertreten könne. Au- ßerordentlich begrüße man die Offenheit in der genossenschaftlichen Konstruktion für neue Partner und das Konzept der dezentralen, aber vernetzten Grundlagenforschung einerseits, Experimentierfelder, Real-Labore andererseits.

StR Kotz (CDU) dankt Frau Aufrecht für die Informationen, die deutlich mehr Licht in den Prozess, der mit enormer Geschwindigkeit laufe, gebracht haben. Seine Fraktion unterstütze den Weg weiter und sehe viele Anmerkungen des Rats, insbesondere was ethische Themen etc. angeht, prominent vertreten. Man sehe eine hervorragende Chance, auf Stuttgarter Gemarkung einen weiteren Standort zu bekommen, wo der Transfer von Wissenschaft in Richtung Produktion, Anwendung und ein Ausrollen in die Menge angeht. Da man bereits bei den Stuttgarter Themen mit Fraunhofer Institut etc. sehr gute Erfahrungen und ein gewisses Renommee habe, würde es dem Land gut an- stehen, diese Bewerbung bei der Auslobung zu berücksichtigen.

Ihn interessiert, ob es eine Wertung geben wird der unterschiedlichen Genossen- schaftsmitglieder im Hinblick auf deren Status und wie die Konsequenzen daraus sind, sowohl was den finanziellen Input in die Genossenschaft angeht, was die "Men- and

Women-Power" angeht, aber auch was die Mitsprache angeht. Außerdem erkundigt er sich, inwieweit bereits Ideen bestehen, wie das Thema Produktion von Mobilität räumlich aufgeteilt werden könnte, und ob die Gefahr gesehen wird, dass es hier Reibungspunkte geben könnte.

StR Ozasek (FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) bemängelt, dass die Präsentation nicht bereits vor der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde. Diese Technologie habe einen gesellschaftsverändernden Charakter und sei daher von großer Bedeutsamkeit. Er halte es für einen Konstruktionsfehler, dass bei diesem wichtigen Projekt nicht von Anfang an die Beteiligung des Gemeinderats und der Öffentlichkeit stattgefunden hat, "sondern es im Mikrokosmos von Wirtschaftsfördergesellschaften und Unternehmen entwickelt wurde". Die Fraktionsgemeinschaft hätte sich andere Bereiche vorstellen können, wo ein Schwerpunkt für KI hätte gesetzt werden können, z. B. bei der Erledigung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung. Auch hätte man sich vorstellen können, dass Parameter für diese Technologie hätten gesetzt werden müssen, beispielsweise eine Zivilklausel, die sicherstellt, dass diese Technologie nicht in den militärischen Sektor hineindiffundiert oder von Geheimdiensten genutzt wird. Ein Fragezeichen setze man zudem an Schwerpunktsetzungen wie an die Finanzwirtschaft angesichts dessen, was bei Bitcoins und Digitalwährungen passiert.

Was den Antrag der FrAKTION und die Stellungnahme der Verwaltung dazu anbelangt, so sei auch mit dem heutigen Bericht nicht klargeworden, wie es um die Bürger\*innen-Beteiligung bestellt ist. Er bittet Herrn Dr. Rogg um Ausführungen dazu, wie ein Bürger\*innen-Rat auf Ebene der Region Stuttgart eingerichtet werden soll, der diesen Prozess begleitet. Das Thema Ethik und Recht solle nun in einer Arbeitsgruppe platziert werden. Nicht klargeworden sei im Bericht, ob der Schwerpunkt auf ethischen Fragestellungen liegen soll oder ob es eher um die Frage der Rechtsetzung als Rahmenbedingung für die KI gehen wird. Seines Wissens sollten ursprünglich die ethischen Fragestellungen eher auf Ebene des wissenschaftlichen Beirats behandelt werden. Unklar sei auch geblieben, ob dies eine öffentliche Diskussion um die ethischen Folgen und Konsequenzen sein wird oder ob es ein Prozess hinter verschlossenen Türen sein wird. Im Hinblick auf die Flächenkulisse erbittet er ergänzende Informationen, welche Möglichkeiten der Gemeinderat haben wird, steuernd einzugreifen.

Für StRin Schanbacher (SPD) zeigt dieser Wettbewerb, wie schlag- und tatkräftig die Verwaltung sein kann. Trotzdem das Konzept mit heißer Nadel gestrickt wurde und trotz der Nachteile der Nichteinbindung von Politik und Bürgerinnen und Bürgern bestehe die Chance, nachzuschärfen und Punkte einzubringen. Sie erkundigt sich, wie und in welchen Gremien "wir als Stadt und vielleicht sogar wir als Politik die Möglichkeit haben, an diesem Thema mitzuarbeiten". Die KI biete eine wahnsinnige Chance, sei gleichzeitig aber mit einer großen Angst für viele Bürger\*innen verbunden. So habe es bereits viel Protest gegen die Cyber Valley Tübingen gegeben. Wichtig sei die Beschäftigung mit der KI auch, um Vorbehalte abzubauen und die Chancen zu sehen, die diese Technologie gesamtgesellschaftlich bietet. Somit stelle sich die Frage, wie die Bürger\*innen konkret eingebunden werden und insbesondere, wie dies am Standort Vaihingen gelingt. Man freue sich daher sehr über den Wettbewerb und darüber, dass die Landeshauptstadt Stuttgart da voranschreiten möchte. Angesichts der starken Partner sei es wichtig, auf der gleichen Ebene mitzuspielen. Manche Partner hätten bereits einen großen Vorsprung, weshalb man sich anstrengen müsse, damit dies gelingt.

Sehr begrüße man die Möglichkeiten der Reallabore, als zentral betrachte man jedoch das Thema Aus- und Weiterbildung und bitte darum, den Fokus auf diesen Bereich zu legen. Sie bedauere sehr, dass bei den vorgestellten Schwerpunkten für Stuttgart das Automobil nicht in Stuttgart angesiedelt ist. Man sollte aber darüber sprechen, inwiefern die großen Stuttgarter Unternehmen vielleicht im Bereich Produktion treibend vorangehen können, andere aber gleichzeitig nicht abgehängt werden.

StR Neumann (FDP) bringt seine Begeisterung zum Ausdruck über die Bewerbung, die er als ganz wichtigen und konkreten Schritt in Richtung Transformation der Wirtschaft sehe. Ein bisschen gewundert habe er sich über die eingegrenzten Schwerpunktthemen, wo auch er das Automobil vermisst habe. Zum Thema Bürgerbeteiligung stimmt er seiner Vorrednerin zu. Es sei wichtig, dass die Verfahren gut gemacht werden.

Nach Meinung von StR Zaiß (FW) wäre es eine große Blamage, hätte Stuttgart an diesem Wettbewerb nicht teilgenommen. Mit der Fläche in Vaihingen sei ein guter Platz gefunden worden, sodass die Strahlkraft, die mit diesem Projekt erreicht werde, der Wirtschaft und dem Gewerbe sehr guttun wird. Die Freien Wähler werden diesen großen Schritt für die Region nach Kräften unterstützen und hoffen auf ein erfolgreiches Gelingen.

Auch die AfD-Fraktion werde dieses Projekt natürlich unterstützen, so StR Köhler (AfD). Aus seiner Sicht ist die ethische Begleitung der KI wichtig und auch, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen. Am Ende sei es aber Aufgabe der Politik, bei der Anwendung dieser Technologie für entsprechende Eingrenzungen zu sorgen. Was den erwähnten Vorsprung anderer Partner angeht, so sei die grundsätzliche Stärke dieses Standorts, dass man hier bereits praxisnahe Produktionsprozesse hat, an denen die KI anknüpfen kann.

StRin Schumann (PULS) merkt an, für sie sei der Bericht fast zu schnell gegangen, da viele neue Informationen gegeben wurden. Grundsätzlich befürworte man das Projekt, schließe sich aber den genannten Punkten an. Was die Wahl anderer Schwerpunkte angeht, so teile sie die Meinung von StR Ozasek. Wegweisend und sehr zukunftsfähig wäre z. B. die Ökologie. So hätte man mit intelligenten Datenanalysen, Verarbeitungen und Steuerungssystemen viel für Luftqualität, Verkehr usw. tun können und hätte sicherlich auch wirtschaftlich enorme Potenziale heben können. Problematisch finde man auch, dass Ethik mit Recht verknüpft wird und nicht mit Wissenschaft. So müsse ihres Erachtens die Ethik mindestens im Rahmen von hochschulbegleiteten Prozessen stattfinden, denn ethische philosophische Fragestellungen seien daran gebunden, sich ständig mit der sich ändernden Informationsbasis auseinanderzusetzen. Dafür fänden sich im wissenschaftlichen Bereich passende Verknüpfungsmöglichkeiten. Sie widerspricht StR Köhler, denn die KI sei genau dann wichtig, ethisch zu betrachten, während sie entwickelt werde und nicht erst in der Anwendung. Sie führt dies weiter aus und unterstreicht, man sollte sich stets im Klaren sein, dass die KI ein Thema ist, was von Anfang an ethisch begleitet werden muss. Sie plädiere daher dafür, das KI-Innovationszentrum mit einer Art ethischem Beirat zu versehen - unabhängig von juristischen Gedanken.

BM Fuhrmann dankt für die Ausführungen und für die überwiegend große Zustimmung zu diesem Projekt.

Frau Aufrecht schließt sich dem Dank für die große Zustimmung an und geht anschließend auf die Wortbeiträge ein: Die Frage, ob es **unterschiedliche Wertigkeiten gibt in der Genossenschaft**, bejaht sie. Diese seien rechtlich bedingt, denn die Landeshauptstadt Stuttgart als Kommune sei Genossenschaftsmitglied. Das Regierungspräsidium habe aufgegeben, bei der Genossenschaft darauf zu achten, dass die Kommune Einflussmöglichkeiten in einer umfassenden Form in der Genossenschaft bereithält. Im Rahmen der Genossenschaftssatzung werde es daher entsprechende Festhaltungen diesbezüglich geben. Was die Region anbelangt, so sei die Landeshauptstadt Stuttgart im Rahmen einer Beteiligungsgesellschaft beteiligt, aber vor allen Dingen bei der Umsetzung sei man als Kommune die entscheidenden Player.

Zum Thema **Ethik** verweist Frau Aufrecht auf die Beantwortung des Antrags der FrAKTION zu den Themen Bürger\*innen-Rat und Fachbeirat Ethik. Dazu stehe man weiterhin. Dass dies als Arbeitsgemeinschaft noch zusätzlich aufgeführt wird, habe den Hintergrund, dass es im Eckpunktepapier steht. Aus diesem Grund habe man diese Punkte nicht nochmals dort platziert. Der Fachbeirat sei aber fest installiert und werde sich teilweise mit technischen Themen beschäftigen und teilweise mit dem Thema Ethik und werde dazu die entsprechenden Institutionen mitintegrieren. Was das Thema Bürger\*innenrat auf regionaler Ebene angeht, so gebe es im Konzept selbst eine ganze Passage dazu. Noch habe man auf regionaler Ebene dazu noch keine Rechtsform; außerdem stelle sich die Frage, ob man es tatsächlich in eine Beteiligungsform gießt, denn entscheidend ist aus ihrer Sicht die Zusage, dass die Bürger\*innen in dieses Thema intensiv einbezogen werden und der Bürger\*innenrat tatsächlich installiert werden soll. Herr Dr. Rogg könne zum Thema Bürgerbeteiligung mehr sagen, wenn dies gewünscht wird.

Sie bittet Herrn Dr. Rogg darum, Ausführungen zum Thema Aus- und Weiterbildung zu machen, denn dies betreffe nicht nur die Landeshauptstadt Stuttgart, sondern spiele für die überregionale Zusammenarbeit eine Rolle.

Die Kritik betreffend, man habe die **Präsentation nicht vorher zur Verfügung gestellt**, und zum Vorwurf, **man entwickle im Mikrokosmos ohne öffentliche Beteiligung**, unterstreicht sie, es sei ein Vorhaben "work in progress", weshalb der Rat immer nur auf den neuesten Stand gebracht werden kann, sowie er entwickelt ist. Der vom Land vorgegebene Zeithorizont sei extrem ehrgeizig, und die Bearbeitung finde überregional statt. Weiter betont sie, man stehe in Konkurrenz mit sehr potenziellen Standorten. Daher tue man sich schwer mit den Inhalten, die man jetzt in öffentlicher Sitzung kommuniziert. Es stecke nicht nur künstliche Intelligenz, sondern auch analoge Intelligenz hinter der Entwicklung eines solchen Projekts mit allem was dazugehört. "Je mehr wir da öffentlich kommunizieren, desto schwerer macht es uns das später, erfolgreich zu sein!"

Dennoch habe man die Vorlage zur ersten Stufe am 25.01.2021 in öffentlicher Sitzung im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen (WA) beraten und über die zweite Stufe informiert im WA, im Verwaltungsausschuss und im Gemeinderat, jeweils in nicht öffentlicher Sitzung. Das, was da kommuniziert wurde, sei jetzt stärker ausformuliert, die Rahmenbedingungen jedoch habe man damals schon bekanntgegeben und darüber miteinander diskutiert. Sie sei dem Rat dankbar für die dabei eingebrachten Impulse, insbesondere zum Thema Ethik. Man habe sie sofort aufgegriffen und Möglichkeiten überlegt, wie dies in die Umsetzung gebracht werden kann. Ihres Erachtens muss man einen Weg finden im Hinblick auf Konkurrenzsituationen, im Hinblick auf "work in progress" und im Hinblick darauf, welche Informationen können wir geben und wie stark

können wir uns da engagieren. Vor diesem Hintergrund sei sie der Meinung, dass bereits sehr informativ und offen kommuniziert wird und der Input des Rats entsprechend mitaufgenommen wurde.

Zum Thema "Schwerpunkt Automobil - warum nicht in Stuttgart?" macht sie darauf aufmerksam, dass man eine Unterstützerleiste von rund 150 Firmen mittels Letter of Intent (LoI) gebunden habe. Selbstverständlich seien hier ansässige Unternehmen als entscheidende Player mit dabei. "Heißt: Bosch, Daimler, Porsche, die werden dort sich engagieren wollen. Und ich bitte Sie einfach, wenn wir vom Thema Produktion sprechen, das nicht als Abgrenzung 'Mobilität: Nein' zu sehen, sondern im Gegenteil: Die Produktion ist schlichtweg einfach weiter gefasst. Letztes Mal, als ich im Wirtschaftsausschuss über die Struktur in der Stadt Stuttgart berichtet habe, ist ja klargeworden, wie wir als Stadt Stuttgart im Verhältnis zu anderen Städten aufgestellt sind, was das verarbeitende Gewerbe anbelangt. Da haben Sie gesehen, dass wir der einzige Standort sind, der da im Beschäftigungsbereich ein Wachstum hat über einen 10-Jahres-Zeitraum. Sie haben gesehen, dass wir absolut gesehen im verarbeitenden Gewerbe, was die Vergleichsstandorte anbelangt, die größten Investitionen haben. Deshalb ist für uns das Thema Produktion von so entscheidender Bedeutung, dass da nicht eine Exklusivität auf Mobilität gefasst wurde, sondern das Thema für uns einfach viel breiter angelegt ist und wir deshalb diesen Begriff letztendlich gewählt haben bei uns als Schwerpunkt für den Standort Stuttgart, insbesondere für den Standort Landeshauptstadt Stuttgart."

Für die heutige Einladung, aber auch für die breite Unterstützung, dankt Herr Dr. Rogg. Mit Blick auf den Hinweis von StR Winter, wonach es um die Attribute geht "menschenzentriert, verantwortungsvoll und nachhaltig", ergänzt er, genau dies sei das Profil dieses KI-Beitrags, der die wirtschaftlichen Schwerpunkte dieser Stadt, dieser Region und des Landes unterstützt. Wollte man das spiegeln, was es in China gibt oder im Silicon Valley gibt, so bräuchte man gar nicht zu beginnen, weil der Fortschritt der anderen Länder kaum einholbar ist. Es gehe folglich darum, etwas Anderes zu machen als eine KI, die durch Gesichtserkennung die Bevölkerung kontrolliert. Der Unterschied zum Silicon Valley sei, dass hier bereits die Firmen, die Produkte, Forschung, Entwicklung und Dienstleistung in einem Ausmaß vertreten sind, wie es in Europa kaum irgendwo sonst vorhanden ist. Dort jetzt das Thema KI in einer genossenschaftlich fairen, wirtschaftsdemokratisch transparenten und partizipativen Konstruktion zu verbinden, sei ausgesprochen aussichtsreich und werde hoffentlich dazu führen, dass dieser Beitrag den 1. Platz belegt.

Den Wortbeitrag von StR Kotz aufgreifend stellt er klar, in einer Genossenschaft habe jedes Mitglied eine Stimme - unabhängig davon, wie viele Geschäftsanteile es zeichnet oder kauft. Die Landeshauptstadt Stuttgart sei im Aufsichtsgremium gesetzt, sodass der Einfluss des Gemeinderates über das Überwachungsorgan Aufsichtsrat gewährleistet sei und durch keine Wahlentscheidung geändert werden kann. Zum Verhältnis Produktion und Mobilität und der von StR Kotz kreierten Wortschöpfung "Mobilitätsproduktion" führt Herr Dr. Rogg aus, 53 % des Industrieumsatzes in Stuttgart und der Region seien Fahrzeugbau. Nehme man die Produktion dazu, die die Fabriken ausrüstet - Maschinenbau, Anlagenbau - komme man auf 66 % der industriellen Wertschöpfung, die am Fahrzeug hängt. 208.000 Menschen arbeiten im Fahrzeugbau, nehme man den Maschinenbau hinzu, seien es 250.000 Beschäftigte. Es sei ein ganz entscheidender, nicht voneinander zu trennender Bereich, und es gehe nicht darum, zu unterscheiden, was geht in Karlsruhe, was ist in Stuttgart, was macht Tübingen in einer Konkurrenz, son-

dern es gehe darum, was gemeinsam an Kompetenz zusammengebunden werden kann. Karlsruhe habe mit der Festlegung des Landes, das Testfeld autonomes Fahren dort zu etablieren, mit dem Karlsruher Institut of Technology, mit 40 Instituten, die sich mit neuen Mobilitätsfirmen beschäftigen, einen großen Esset. Dies heiße jedoch nicht, dass Auto in Stuttgart nicht stattfinden, und heiße auch nicht, dass in Karlsruhe keine Dienstleistungen und keine Produktion stattfinden dürfen.

Er bestätigt das enge Zeitfenster. Man hätte sich gewünscht, dass genügend und ausreichend Zeit zur Beratung und Entwicklung im Vorfeld eingeräumt worden wäre. Da dies leider nicht möglich war, müsse dies nun prozessbegleitend erfolgen. KI in der öffentlichen Verwaltung sei Bestandteil des Beitrags und sei sogar ein Schwerpunktthema. In Sachen Zivilklausel/Militär/Geheimdienste appelliert er an das Vertrauen: "Diese Themen können und werden nicht bearbeitet werden! Es gibt überhaupt gar niemanden, der bisher dabei ist, der dieses Interesse hätte, auch nicht das wirtschaftliche Interesse. Das hat nichts mit dem Profil dieses KI-Parks zu tun und würde niemals auf Zustimmung stoßen."

Es treffe zu, dass KI eine gesellschaftsverändernde Technologie ist, die aber natürlich auch alle Chancen beinhaltet. Gerade dezentrale, regenerativ erzeugte Energie brauche moderne KI-Konzepte. Dies gelte genauso für neue Mobilitätsformen, die auf die Vernetzung von verschiedenen Mobilitätsanbietern abzielt, und für das Thema personalisierte Gesundheit mit all den ethischen Fragen, die damit verbunden sind, Stichworte Impfstoffproduktion, Patientenakte usw. Dies alles seien Themen, die aufmerksam verfolgt werden müssen und wo nicht nur eine Arbeitsgruppe sich damit beschäftigt, sondern auch der wissenschaftliche Beirat, d. h. die Universitäten, das Hochleistungsrechenzentrum, Michael Resch, der immer wieder genannt worden sei. Wenn es eine regionale Gesellschaft analog zur BioRegio Stern-Managementgesellschaft geben sollte, was insgesamt noch zu entscheiden sei, würde hier eine KI-Managementgesellschaft dies durch die regionale Gesellschaft organisieren. Ansonsten gehe es auch anders, dass Bürgerbeteiligung und Partizipation entsprechend stattfinden.

Es werde im Sinne eines Wettbewerbsvorteils ein Angebot geben, dass jedes Produkt, das den KI-Innovationspark verlässt, zertifiziert werden kann, dass es nachhaltig ist, dass es ethisch verantwortlich ist und mit einer seriösen Autorität im Hintergrund, die es ausstellt. Der KI-Park verstehe sich als ein Partnerschaftsmodell aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft. Insofern brauche es die Bürgerbeteiligung, und es werde einen kontinuierlichen Dialog geben mit der Gesellschaft, gerade auch mit jungen Menschen. So werde es regelmäßige Foren und Dialogformate geben zu Fragestellungen der Ethik und philosophischem Hintergrund, gerade in den Bereichen Medizin, Nachhaltigkeit, künftige Mobilitätslösungen und Wohnen. Das alles gehöre zum Profil, quasi zur DNA des Antrags, so Herr Dr. Rogg.

Natürlich werde das Thema Aus- und Weiterbildung eine große Rolle spielen, denn es werden viele Arbeitsplätze verlorengehen, und man müsse daran interessiert sein, dass neue entstehen. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung werde es für Menschen in Ingenieursberufen und in Technikerberufen Angebote geben müssen, selbstverständlich müsse aber auch für die Kunden, für die Bevölkerung die Kompetenz im Umgang mit KI erhöht werden. Man wolle eine Zustimmung zu den neuen Produkten. Gäbe es weiterhin wenig Wissen und große Ängste mit KI, so finde man keine Akzeptanz.

Abschließend äußert er sich zuversichtlich, aus dem Wettbewerb als Sieger hervorzugehen: "Wir haben die Hälfte der Wirtschaftskraft Baden-Württembergs. Das erste Mal seit 1952 arbeiten Karlsruhe und Stuttgart an einem entscheidenden, wichtigen Projekt zusammen. Wir haben ein dezentrales Modell, was zu den mittleren und kleinen Firmen und in die kleinen Gemeinden geht und nicht alles an einem Standort konzentriert. Insofern hoffe ich, dass uns der verdiente Lohn am Schluss nicht versagt bleibt. Vielen Dank!"

Beeindruckend findet BM Fuhrmann, unter welchen Rahmenvoraussetzungen die Verwaltung in kürzester Geschwindigkeit ein wirklich gutes Konzept ausgearbeitet hat. Man wolle den Rat im laufenden Prozess auch weiter mitnehmen. Er dankt im Voraus allen Beteiligten für die auch weiterhin hervorragende Zusammenarbeit.

StR Adler (Fraktion SÖS LINKE PIRATEN Tierschutzpartei) verstärkt die Kritik von StR Ozasek und StRin Schumann, das Tempo des Prozesses und das Tempo der heutigen Berichterstattung betreffend, und ist der Auffassung, dass dies einer gesellschaftsverändernden Technologie mit all den aufgeworfenen Fragestellungen nicht gerecht wird - insbesondere vor dem Hintergrund eines sogenannten wirtschaftsdemokratischen Konzepts, welchem der Prozess angeblich folge. Vielmehr müsse das komplette Konzept vorgelegt werden, und zwar vor einer Sitzung, wo die Zustimmung zu Ermächtigungen eingeholt werden soll.

BM Fuhrmann stellt klar, dass die Zustimmung des Rats zu dieser Vorlage bereits in der Sitzung des Gemeinderats erfolgt ist. Die heutige Sondersitzung habe den Grund, den Rat weiterhin auf dem aktuellen Stand zu halten und um die bestmögliche Transparenz zu bieten.

StRin Schiener (90/GRÜNE) dankt dafür, dass die Vorlage nicht nur im WA behandelt wurde, sondern bereits auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik (STA). Nachdem heute nunmehr die zweite Verfahrensstufe erläutert worden ist, geht sie davon aus, dass anschließend im nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung die Präsentation zu den Flächen bzw. Standorten gezeigt wird und der Rat Gelegenheit bekommt, darüber zu diskutieren. Dies wird von Frau Aufrecht und BM Fuhrmann bestätigt.

Mit erneutem Dank an die Berichterstatter stellt BM Fuhrmann fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

## Verteiler:

- I. OB/82  
zur Weiterbehandlung
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herr Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  4. Referat WFB  
Liegenschaftsamt (2)  
Stadtkämmerei (2)
  5. Referat SWU  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
  6. Rechnungsprüfungsamt
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS